

P R O T O K O L L
zur Sitzung des Landesschulbeirates vom 13. September 2017

Ort: Berliner Rotes Rathaus
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:25 Uhr
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1:

Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung/Aktuelles

Herr Körner begrüßt alle Mitglieder, sowie Frau Scheeres, Frau von Bernuth, Herrn Blume und Herrn Duveneck.

Als Gäste haben sich Herr Oberbach (ehemaliges Mitglied) und 1 Studentin im Praxissemester gemeldet. Das Gremium hat hierzu keine Einwände. Ergänzungen zur Tagesordnung gibt es nicht, somit gilt diese als angenommen.

Infos:

- Es sind mehrere Fachsitzungen geplant, u.a. am 20.09.2017 zum Thema Berlin-Studie und im November zum Thema Lehrerarbeit.
- Entschuldigung an Herrn Semler, da seine Fragen nicht für die Septembersitzung berücksichtigt wurden. Die Beantwortung wird aber im Oktober erfolgen.

TOP 2:

Start in das neue Schuljahr Rückblick und Ausblick

Senatorin Frau Sandra Scheeres

Frau Scheeres begrüßt die anwesenden Mitglieder und stellt kurz die Schwerpunkte ihrer Ausführungen vor.

Zum Thema Lehrer- und Erziehereinstellung: Die Stadt wächst und es gibt auch viele Flüchtlingskinder, so dass es weiterhin einen großen Bedarf an Lehrkräften und Erzieherinnen und Erzieher gibt. Im Kalenderjahr 2017 wurden 3.000 Lehrkräfte eingestellt, hiervon 1.000 zum Februar und 2.000 zum jetzigen Zeitpunkt.

Für den Ganzttag wurden ca. 500 Erzieherinnen und Erzieher eingestellt.

Berlin befindet sich immer noch in einer bundesweiten Konkurrenz was die Lehrkräfte angeht. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern konnten in Berlin nahezu alle freien Stellen besetzt werden. Die konnte allerdings nur gelingen, da auch mit Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger gearbeitet wird.

Der Berlin Tag war wieder ein Erfolg. Die Schulen konnten sich den ca. 1.000 Interessierten vorstellen.

33.000 Lehrkräfte arbeiten aktiv im Berliner Schulsystem. Im Durchschnitt sind hiervon 4,2 Prozent Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger.

Im Grundschulbereich sind 11.718 Lehrkräfte tätig. Hier liegt der Quereinstiegsanteil bei 6 Prozent. In den Integrierten Sekundarschulen sind 7.566 Lehrkräfte tätig, mit einem Anteil von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern von 4 Prozent. An den Gymnasien arbeiten derzeit 5.829 Lehrkräfte. Der Quereinstiegsanteil liegt dort bei 1,7 Prozent.

Die Einstellungen im Grundschulbereich gestalten sich schwierig und das zeigen die Zahlen.

Wenn man die Gesamtheit der Zahlen sieht, gibt es einen Anteil von 41 Prozent

Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Im Grundschulbereich sind es sogar 51 Prozent.

Der Personenkreis der Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger umfasst Menschen mit einem abgeschlossenem Studium, die aus ganz unterschiedlichen Bereichen kommen und sich

nochmal für eine berufsbegleitende Ausbildung entscheiden. Oft sind es Personen, die bereits als Vertretungskräfte in den Schulen tätig sind, aber es gibt auch einen hohen Anteil von

Lehrkräften aus den Willkommensklassen. Es war ein Wunsch der Schulen und der Gewerkschaften, dass diese Personen die Option der Weiterbeschäftigung im Berliner Schulsystem haben.

Für die Begleitung der Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger wurden zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt. Lehrkräfte die begleiten, werden somit stundenmäßig entlastet. Dafür wurden ca. 100 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt.

Es wird weiterhin ein Ausbau der Schulplätze notwendig sein. Hier müssen neue Schulen gebaut, aber auch die Kapazitäten an den bestehenden Schulen erweitert werden.

Für die Schulbausanierung werden in den nächsten 10 Jahren 5,5 Mrd. Euro bereitgestellt. Im Umfang von 5 Millionen Euro bleiben Sanierungsmaßnahmen in der Zuständigkeit der Bezirke. Bei Maßnahmen von 5 bis 10 Millionen kann der Bezirk entscheiden, möchte er die Maßnahmen selber umsetzen oder gehen die Verantwortung des Landes Berlin. Alles über 10 Millionen wird vom Land Berlin verantwortet. Die Bezirke erhalten hierfür auch zusätzliches Personal.

Bis Ende Juli mussten die Bezirke die Maßnahmen benennen, die sie ans Land Berlin übergeben wollen. Ebenso mussten die Prioritäten der Maßnahmen benannt werden. Für die Maßnahmen die übers Land Berlin stattfinden, bauen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und auch die HOWOGE einen eigenen Bereich auf. Auch auf Bezirksebene werden neue Wege bestritten. Schwerpunktmäßig haben sich hier die Ostbezirke verständigt, dass sie in ein kooperatives Modell gehen wollen, um gemeinsam Sanierungsvorhaben umzusetzen und zu koordinieren.

Wichtig sind weiterhin Transparenz und Partizipation. Es sind Beteiligungen gewünscht, und so wird es sowohl auf Landes-, als auch auf Bezirksebene entsprechende Gremien geben.

Momentan wird gerade modellhaft erprobt, wie beschleunigt geplant und gebaut werden kann. Der Bau von zehn Schulen wird über dieses Verfahren umgesetzt. Das Ziel ist es, Bau- und Planungszeiten zu halbieren.

Bei den nächsten gebauten Schulen sollen die Ergebnisse der Facharbeitsgruppe Schulraumqualität berücksichtigt werden. Es gilt ein Raum- und Funktionskonzept zu erarbeiten und zu verhandeln.

Für jede Schule wird in Zusammenarbeit mit den Bezirken ein Steckbrief erstellt, aus diesem ersichtlich wird, wann, welche Maßnahme umgesetzt wird.

Beim Thema Inklusion ist der Elternwille weiterhin sehr wichtig und ein Schwerpunkt in den Haushaltsberatungen. Die Schwerpunktschulen werden weiter ausgebaut, die SIBUZE wurden eingerichtet. Es wird in die Grundausstattung im Bereich lernemotionale Entwicklung Sprache eingestiegen.

Im Bereich der Berufs- und Studienorientierung wurden Jugendberufsagenturen eingerichtet, ebenso Beratungsteams an den Schulen.

Um die Mehrsprachigkeit weiter auszubauen werden die Internationalen Schulen ausgebaut. Aktuell wurde eine Erhebung aller Schulen erstellt, wie es mit der Sprachentwicklung an den Schulen aussieht und welche Bedarfe es gibt.

Auch das Thema Demokratieerziehung und Antisemitismus werden öffentlich diskutiert und hat einen wichtigen Stellenwert. Gerade wird hier die Einführung des Schulfachs Politik in einem demokratischen Diskurs erörtert.

Schule ist immer auch ein Spiegelbild der Gesellschaft und im Bereich Antisemitismus ist die Zusammenarbeit aller unabdingbar.

Frau Scheeres beantwortet Fragen der Mitglieder:

- Bei den OSZ handelt es sich um zentralverwaltete Schulen und auch wurde ein Sanierungsbedarf von ca. 300 Millionen Euro erfasst. Dieser wird aber in einer gesonderten Liste ausgewiesen und kann dem Beirat berufliche Schulen gerne zur Verfügung gestellt werden.
- Bezahlung aller Grundschullehrkräfte nach E13 wird stufenweise erfolgen. Im Nachtragshaushalt waren 10 Millionen Euro für die Lehrkräfte mit gleichen die gleichen

Studienzeiten enthalten. In der aktuellen Haushaltsdebatte wird mit der Senatsverwaltung für Finanzen diskutiert, in welcher Form die ca. 5.000 Bestandsgrundschullehrkräfte über Qualifizierungen in den nächsten Jahren ebenfalls nach E13 bezahlt werden können. Für die LUK-Lehrkräfte soll die Laufbahn geöffnet und entsprechende Qualifizierungen angeboten werden. Der Unmut über die nicht sofortige Anpassung aller Lehrkräfte an E13 ist bekannt und auch verständlich, aber ohne Qualifizierung wird es nicht gehen.

- Denkmalschutz im Sanierungsbereich ist ein schwieriges Thema und ein Thema für die Task Force.
- Eine Initiative Literatur ist nicht bekannt. Eine Anfrage ans Haus kann hierzu aber über die Geschäftsstelle eingereicht werden.
- Die Ergänzungsbauten im Schulbau wurden weiterentwickelt, u.a. besitzen diese jetzt Mensen und sind barrierefrei. Bei den nächsten zu bauenden Schulen werden andere Kriterien zu Grunde gelegt. Hier sollen die Ergebnisse der FAG Schulraumqualität einfließen.
- Rat der Bürgermeister unterstützt Partizipation, auch auf bezirklicher Ebene. Beteiligung sollte allerdings nicht zu einem großen Zeitverzug führen.
- Die Kapazitäten an Hochschulplätzen hätten bundesweit vor ca. 15 Jahren erhöht werden müssen. Ausgebildete Lehrkräfte kommen aus anderen Bundesländern nach Berlin, ebenso umgekehrt. Es bleiben aber auch zahlreiche hier ausgebildete Lehrkräfte in Berlin.
- Die Einstufung in Erfahrungsstufe 5 bei Einstieg in den Beruf kann Berlin nicht allein entscheiden, sondern muss sich vom Tarifverbund der Länder genehmigen lassen.
- Es wird eine weitere Erfahrungsstufe eingeführt, damit auch hier ein Aufstieg möglich ist.
- Eine Stundenreduzierung für Lehrkräfte wird es derzeit nicht geben. Jede Stundenreduzierung bedeutet einen erhöhten Bedarf an einzustellenden Lehrkräften.
- Präsenstage werden nicht reduziert, da u.a. Schulleitungen und Eltern diese begrüßen.
- Die Höherbezahlung der Grundschullehrkräfte stellt durchaus auch eine Wertschätzung dieser Lehrkräfte dar.
- Zusätzliche Stunden für sonderpädagogische Förderung an Schulen sollen nur in einem Umfang ausfallen wie auch der übrige Unterricht. Dies ist noch nicht verbindlich, da dies innerhalb der Gespräche von Zielvereinbarungen zwischen den Schulen und der regionalen Schulaufsicht stattfinden soll.
- Gemäß der OSCD Studie ist Berlin das Land, welches am meisten Geld in die Grundschulen investiert. Dies bestätigt auch der jährliche Bundesfinanzbericht.
- Die Ergebnisse spiegeln dies allerdings nicht wieder, was aber aufgrund der Größe der Stadt und der sozialen Mischung erklärbar ist.
- Qualität des Unterrichts wird im Mittelpunkt der Arbeit der Senatsverwaltung stehen. Hier müssen auch Gespräche geführt werden, warum man jedes Jahr mehr Ressourcen in das System gibt, aber keine Verbesserung der Studien daraus resultieren.
- Elternbeteiligung an beruflichen Schulen ist im Schulgesetz verankert. Die Partizipation hier ist durchaus prüfbar, da es bereits sehr viele Schülerinnen und Schüler gibt, die bereits volljährig sind.
- Eingestellte Lehrkräfte aus anderen Bundesländern sind sowohl Angestellte, als auch Beamte. Wer länger als 5 Jahre als Beamter gearbeitet hat, wird auch als Beamter hier übernommen.
- Bezirke können nicht gezwungen werden, Meldungen über Schulen abzugeben.
- Auf dem Gebiet der Integration und Inklusion ist Berlin sehr weit. Hier gehen zusätzliche Ressourcen in das System.
- Integration beinhaltet auch Migrantenförderung oder Begabtenförderung.
- Für die Beruflichen Schulen wurde eine Kampagne im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

- Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher in der erforderlichen Größenordnung ist allein mit öffentlichen Schulen nicht zu bewerkstelligen.
- Die Beteiligung von Eltern in den schulischen Gremien an OSZ's wird geprüft.
- Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen wird es auch weiterhin im Berliner Schuldienst und über freie Träger geben.
- Dass vereinzelt Willkommensklassen an Gymnasien nicht in Regelklassen integriert werden, muss geprüft werden („Internationale Klassen“).
- Inklusion muss natürlich komplett durchdacht und berücksichtigt werden. Es gibt Einzelfälle, wo dies nicht passiert ist.
- Berlin wird eine Bundesratsinitiative zur Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich einbringen.

Herr Körner dankt den Mitgliedern und der Senatorin für die konstruktive Diskussionsrunde.

TOP 3:

Anfragen des LSB an die Senatsschulverwaltung gem. Nr. 4 Abs. 4 GO LSB

Die Antworten zu den Anfragen 35-17 bis 42-17 liegen als *Anlage 1* bei.

TOP 4:

Nachwahl Schülervvertretung im Vorstand des LSB

Lu Maywald ist aus dem LSB ausgeschieden, daher ist eine Nachwahl im Vorstand notwendig. Es wird Lilian Ehret als Kandidatin vorgeschlagen.

Frau Vogt-Schwarze und Herr Glücklich übernehmen die Wahlleitung.

Es sind 33 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, damit ist das Gremium beschlussfähig.

Lilian Ehret nimmt die Kandidatur an und stellt sich kurz vor.

Das Gremium ist einstimmig für eine offene Wahl. Ebenso einstimmig, ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung wird Frau Ehret in den Vorstand des LSB gewählt.

Sie nimmt die Wahl an.

TOP 5:

Anträge

Es liegt ein Antrag von Herrn Pohl zum Thema kostenloses Frühstück vor. Dieser liegt als *Anlage 2* bei.

Herr Pohl erläutert seinen Antrag. Es schließt sich eine rege Diskussion an. Herr Glücklich stellt einen Änderungsantrag zur Einbeziehung der Bezirke und formuliert den Antrag entsprechend um.

Dieser wird mit 14 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

Herr Semler stellt einen Ergänzungsantrag, das kostenlose Frühstück gemäß des Antrages in das Gesamtkonzept „Essen an Schulen“ zu integrieren.

Dieser wird mit 19 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen ebenfalls angenommen.

Der neuformulierte Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung angenommen.

TOP 6:

Berichte der Schülerinnen und Schüler

Philipp Mensah berichtet von den Neuwahlen im LSA. Auf der vergangenen Klausurtagung wurde eine Kommunikation der Kernaussagen über die Socialmedia-Kanäle beschlossen.

TOP 7:

Protokolle /17.05.2017, 14.06.2017 und 05.07.2017)

Es besteht der Wunsch, die Teilnehmer (Ingo Bartelt-Albrecht, Rainer Klemm und Hans-Detlef Glücklich) am Projekt „Digitale Welten“ im Protokoll vom 05.07.2017 noch zu ergänzen. Die Protokolle werden ohne weitere Änderungen angenommen.

TOP 8:

Verschiedenes

Herr Glücklich macht auf die vielen freien Ausbildungsplätze aufmerksam. Dies sollte das Gremium nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Fischer erläutert, hauptsächlich in Richtung der Eltern, seinen Standpunkt zum Thema Präsenstage.

Auch Herr Koschinski äußert seine Meinung zu den Präsenstagen.

Frau Vogt-Schwarze äußert sich zu Herrn Glücklich. In den kommenden Jahren wird es vermutlich nicht mehr so viele freie Ausbildungsplätze geben.

Frank Körner
(Vorsitzender)

Andrea Schreiber
(Protokollantin)